

Senioren-Union: „Alzheimer-Abgabe“ wäre diskriminierend

In scharfer Form hat die Senioren-Union der CDU Deutschlands den Vorschlag des Bundesärztekammer-Präsidenten Prof. Dr. Jörg Dietrich Hoppe zurückgewiesen, mit einer so genannten „Alzheimer-Abgabe“ auf Medikamente für eine verbesserte Demenzforschung zu sorgen. „Allein der Begriff 'Alzheimer-Abgabe' würde in der Öffentlichkeit zu einer weiteren Diskriminierung von Millionen älterer Menschen führen“, sagte der Chef der CDU-Senioren-Organisation, Prof. Dr. Otto Wulff, heute in Berlin. „Der Vorschlag ist inhaltlich und sprachlich indiskutabel - er fördert ein völlig falsches Bild vom Alter und treibt die betroffenen Menschen noch mehr als bisher in die Isolation.“

Hoppe hatte in Zeitungsinterviews gefordert, beim Kauf von Arzneimitteln eine 50-Cent-Abgabe für die Alzheimer-Forschung zahlen zu lassen. Schon jetzt, so Hoppe, gebe es eine Unterversorgung von Demenzkranken in Deutschland. Bis 2040 müsse mit 2,2 Millionen Fällen von Demenz gerechnet werden.

„Natürlich ist es richtig, wenn die Bundesärztekammer von einer Unterversorgung spricht“, betonte Wulff. „Ich wünschte mir aber, dass zunächst einmal - im Zusammenwirken mit den Krankenkassen - die höchst restriktive Verschreibungspraxis bei bereits heute vorhanden wirksamen Mitteln geändert wird.“

Außerdem dürfe man den zu erwartenden Anstieg von Demenzkranken nicht als „unvermeidbares Naturereignis“ betrachten. „Viele Fälle lassen sich durch eine vernünftige Prävention verhindern oder massiv hinauszögern,“ erklärte Wulff: „Statt über immer neue Abgaben zu diskutieren, sollte die Einführung von Bonus-Systemen bei Krankenkassen geprüft werden, die aktive sportliche Betätigung, die nachweislich auch Demenzkrankheiten vorbeugt, mit Prämien fördert.“

Berlin, 27. August 2007